

## 1) Niedersächsische Bauordnung

### a) Sachverhalt

Die Lage rund um den Wohnungsbau in Niedersachsen hat sich in den vergangenen Monaten drastisch verschlechtert. Grund dafür ist die fehlende Nachfrage, da Bauen zu teuer, zu kompliziert und zu langwierig ist. Die Novelle der Niedersächsischen Bauordnung (NBauO) hätte die größte Chance für die Schaffung bezahlbaren Wohnraums sein können. Die Landesregierung wollte hier aber schneller sein, als unbedingt nötig und hat die Novelle in einem irren Tempo durch den Beratungsprozess gepeitscht. Dadurch sind eklatante inhaltliche Fehler nicht mehr korrigiert worden, auf die wir mit einem Änderungsantrag im Plenum hingewiesen haben. Die Fehlerkorrektur muss nun zeitnah durch die nächste Novelle geschehen.

### b) Unsere Position

1. Das Gesetz ist an einigen Stellen unzureichend. Um den neuen §85a für Gebäudeaufstockungen effektiv nutzen zu können, hätte die Gebäudeklasse festgeschrieben werden müssen. Dies ist leider nicht passiert. Eine höhere Gebäudeklasse kann z.B. heißen, dass weiterhin ein zweites Treppenhaus als zweiter Fluchtweg nötig wird. Erleichterung und weniger Erfüllungsaufwand geht anders.
2. Das mangelnde Entgegenkommen der regierungstragenden Fraktionen hinsichtlich des Wegfalls der Stellplatzpflicht ist sträflich. Unseren Kommunen wird jeglicher Handlungsspielraum zur eigenverantwortlichen Gestaltung genommen. Ein Kompromiss, den wir ebenfalls in unserem Änderungsantrag eingebracht hatten, würde viel Ärger ersparen.
3. Trotz der teils eklatanten inhaltlichen Fehler des Gesetzes, beinhaltet die Novelle viele Fortschritte hinsichtlich nötiger Erleichterungen für die Bauwirtschaft. Die Umbauordnung für das Sanieren und Bauen im Bestand sowie der Gebäudetyp E etwa ist ein entscheidender Fortschritt.

### c) Sprachregelung

Trotz der Defizite, welches das Gesetz der Landesregierung zur Novelle der NBauO aufweist, tragen wir als CDU-Fraktion diese Änderungen mit. Wir dürfen beim Wohnungsbau keine Zeit mehr verlieren. Allerdings sollten wir schon im Herbst eine weitere Novelle der NBauO auf den Weg bringen, um diese Mängel – gerade im Hinblick auf den Wegfall der Stellplatzpflicht – zu beheben. Spätestens nach einem Jahr sollten wir in einem Dialogverfahren mit den Beteiligten das Gesetz prüfen und bei Bedarf nachschärfen, um den Wohnungsbau angemessen zu fördern

#Bauordnung

#Wohnraum

#Niedersachsen

## 2) Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über Kindertagesstätten und Kindertagespflege

### a) Sachverhalt

Die rot-grüne Landesregierung in Niedersachsen hat eine Novellierung des Niedersächsischen Gesetzes über Kindertagesstätten und Kindertagespflege verabschiedet. Dieser Gesetzesentwurf sieht eine befristete Flexibilisierung der aktuellen Regelungen vor. Ziel des Gesetzes ist es, auf den akuten Fachkräftemangel in den Kitas zu reagieren und die Betreuungssituation zu verbessern. Aufgrund des Personalmangels sind viele Familien in Niedersachsen mit verkürzten Betreuungszeiten und geschlossenen Kita-Gruppen konfrontiert, was insbesondere berufstätige Eltern vor große Herausforderungen stellt. Bereits vor einem Jahr haben wir einen eigenen Änderungsentwurf zum Gesetz eingebracht, doch konkrete Maßnahmen blieben bis Mai aus. Eine Anhörung von Verbänden und Betroffenen wurde vor einem Jahr abgelehnt. Daneben wäre es wichtig gewesen eine frühere Planbarkeit für die Kindertagespflege sicherzustellen, die wir seit langem eingefordert haben.

### b) Unsere Position

Die CDU erkennt den dringenden Handlungsbedarf im Bereich der Kinderbetreuung in Niedersachsen an. Wir begrüßen grundsätzlich Maßnahmen zur Verbesserung der Betreuungssituation, sehen aber erhebliche Mängel im aktuellen Gesetz der Landesregierung. Besonders kritisch sehen wir die kurzfristige und hektische Art der Gesetzesverabschiedung, die weder der Komplexität des Problems gerecht wird noch eine nachhaltige Lösung darstellt.

#### Unsere Kernforderungen:

**Dualisierte, vergütete Ausbildung (PiA-Modell):** Wir setzen uns für eine praxisintegrierte Ausbildung ein, die bereits ab dem ersten Monat vergütet wird. Dieses Modell hat sich in anderen Bundesländern bewährt und würde die Attraktivität des Erzieherberufs erheblich steigern.

**Langfristige Planungssicherheit:** Statt befristeter Maßnahmen fordern wir nachhaltige und langfristige Lösungen, die den Fachkräftemangel dauerhaft beheben und die Bildungsqualität sichern.

**Beteiligung der Opposition und Anhörung der Fachverbände:** Eine solide Gesetzgebung erfordert die Einbindung aller relevanten Akteure und eine gründliche Anhörung der Fachverbände. Die Kritikpunkte aus den Anhörungen müssen ernst genommen und in die Gesetzgebung einbezogen werden.

### c) Sprachregelung

Die CDU-Niedersachsen setzt sich entschlossen für die kurz und langfristige Verbesserung der Kinderbetreuung ein. Die nun beschlossene Flexibilisierung der Regelungen für Kitas und Kindertagespflege geht uns jedoch nicht weit genug. Wir fordern eine dualisierte, vergütete Ausbildung für Erzieherinnen und Erzieher, um den Beruf attraktiver zu machen und den Fachkräftemangel langfristig zu beheben. Unsere konstruktiven Vorschläge wurden von Rot-Grün abgelehnt, aber wir bleiben dran: eine bessere Betreuung und bessere Bildung in Niedersachsen sind machbar. Eine nachhaltige Lösung kann nur durch langfristige, durchdachte Maßnahmen erreicht werden, nicht durch hektische und kurzfristige Gesetzesänderungen.

#Kita

#dualisierteAusbildung

#Niedersachsen